

Modellprojekt zeigt Wirkung

Kommunen berichten von Erfolgen bei „Kein Kind zurücklassen“

Von Robert Vornholt

OBERHAUSEN ■ Mit einem Satz bilanziert NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) das Projekt, das ihr Herzensanliegen ist: „Vorbeugung funktioniert und lohnt sich“, fasste sie die Zwischenergebnisse des Modellvorhabens „Kein Kind zurücklassen“ zusammen.

Nach zweieinhalbjähriger Laufzeit in 18 Kommunen habe sich gezeigt: „Je früher man mit der Unterstützung beginnt, um so größer ist der Erfolg.“ Bei einer Präsentation der Ergebnisse in Oberhausen kündigte Kraft gestern an, dass das zunächst bis 2015 terminierte Projekt ausgewertet und bis 2020 fortgesetzt wird.

Präventive Arbeit, die auf der guten und vernetzten Zusammenarbeit aller Akteure im Jugendbereich und vieler gesellschaftlicher Gruppen basiere, sei „in den Köpfen der Verantwortlichen angekommen“, müsse aber noch ausgebaut werden. „Es gibt nicht das Patentrezept“, setzt die Ministerpräsidentin auf lokale Lösungen zur Förderung, insbesondere für benachteiligte Kinder. In den Kommunen gebe es durch die Vermeidung von sozialen Reparaturen Einspareffekte von



Unter anderem Vertreter aus Hamm berichteten über Erfolge beim Modellprojekt: Brigitte Wesky (Jugendamt), Lydia Schillner (Job-Center) und Sozialfachbereichsleiter Theo Hesse mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. ■ Foto: Vornholt

30000 bis 3,6 Millionen Euro. „Man muss dranbleiben“, setzt die Ministerpräsidentin auf Kontinuität und den „Mut

zu warten“. Denn es dauere eine Generation, ehe alle Folgen vorbeugender Hilfen bewertet werden könnten. „Es

darf kein Strohfeuer sein, sondern es muss einen Paradigmenwechsel in der Politik geben.“ Brigitte Mohn als Vertreterin der Bertelsmann-Stiftung betonte, dass jetzt die Grundlage für die Umsteuerung von Prozessen in den Kommunen gelegt worden sei.

Kraft berichtete, dass viele CDU-Bürgermeister die Initiative unterstützen. „Es ist wichtig, dass das Projekt nicht im parteipolitischen Kleinkeim zerrieben wird“, verwies sie zudem darauf, dass die Fürsorgestrategie für Kinder alle Politikbereiche der Landesregierung durchdringe. Probleme gibt es aktuell mit Datenschutzbestimmungen, weil die Informationen über die Kinder nur eingeschränkt genutzt werden dürfen und damit den Austausch und die Analyse einschränken. Im Gespräch mit dem NRW-Datenschutzbeauftragten wolle sie einen „ausgewogenen Mittelweg finden“. Mohn zeigte auf, dass zusammengefasste Informationen verwendet werden könnten, um Ergebnisse ermitteln zu können. Das müsse „ein fortlaufender Prozess“ sei. „Pioniere müssen manchmal durch kaltes Wasser“, sieht sie die Akteure auf einen langen Weg zum Ziel...

Projekt „Kein Kind zurücklassen“

„Kein Kind zurücklassen“ wurde im März 2012 in 18 NRW-Modellkommunen eingeführt – unter anderem in Hamm, Arnsberg und Dortmund sowie in den Kreisen Unna und Warendorf. Ziel des zunächst bis 2015 laufenden Projektes ist es, für alle Kinder die besten Bildungsmöglichkeiten und Voraussetzungen für ein gelingendes Aufwachsen zu schaffen. Dazu werden so genannte Präventionsketten aufgebaut, um be-

reits bestehende Angebote für Kinder und Familien besser zu verknüpfen und gezielte Hilfe vor Ort zu leisten. Langfristig setzt Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) auf höhere soziale Renditen durch Vorbeugung, also auf Einsparungen wegen nicht ausgegebener Sozialleistungen. Das Land trägt 3,5 Millionen Euro der Kosten, die Bertelsmann-Stiftung zahlt 1,5 Millionen Euro. ■ vor